

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Ämtliches  
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 156

Sonnabend, den 5. Juli 1924.

48. Jahrgang

## Der unverwüßliche Berliner Optimismus.

Berlin, 4. Juli. Die „Zeit“, das Organ des Außenministers Stresemann, versucht heute in einem Leitartikel nachzuweisen, daß die „Behauptung der deutschen Opposition“, daß die Londoner Konferenz Deutschland ein neues Diktat bescheren werde, irreführend sei. Das Blatt schreibt:

„Die Londoner Konferenz soll die Durchführung des Gutachtens sicherstellen. Wenn Deutschland sich verpflichtet, die Ausführung bestimmter Gesetze sicherzustellen, so verpflichtet sich andererseits Frankreich und Belgien, bis zu einem bestimmten Termin ihre Ordnungen außer Kraft zu setzen und die bisherigen Hemmungen der Verwaltung der Wirtschaft und des Verkehrs aufzulösen. Der Unterzeichnung gehen Verhandlungen voraus, an denen die Vertreter Deutschlands gleichberechtigt teilnehmen.“

Hierzu wäre zu bemerken, daß bis jetzt noch nicht eine einzige offizielle oder offiziöse Äußerung seitens Englands oder Frankreichs vorliegt, die zu der Annahme berechtigten könnte, daß Deutschland als „gleichberechtigter“ Verhandlungspartner an der Londoner Konferenz teilnehmen soll. Ganz abgesehen von den unzähligen französischen und englischen Pressestimmen, die fast übereinstimmend davon sprechen, daß Deutschland nur das Schluß-Protokoll der Konferenz zu unterzeichnen habe, beweist ja schließlich auch die Tatsache, daß Deutschland allein bisher noch keine Einladung zur Konferenz erhalten hat, daß man weder in Paris noch in London an eine deutsche Gleichberechtigung denkt.

Nehmen wir einmal an, daß die „Zeit“ recht behalten werde, und daß Deutschland als gleichberechtigt an der Konferenz zugelassen werden sollte: wie denkt sich dann das offiziöse Blatt die Stellungnahme der deutschen Regierung für den Fall, daß Frankreich und Belgien nicht willens sind, die von Deutschland geforderten Verpflichtungen einzugehen? Das Blatt geht zwar auf diesen Fall nicht mit der gewünschten Klarheit ein, aber es deutet ihn immerhin an, indem es schreibt:

„Daß die deutschen Forderungen, als Kompensationen für die einzugehenden Verpflichtungen die vorherige oder mindestens gleichzeitige Räumung des Ruhrgebietes zu erhalten, auf der Londoner Konferenz zweifellos eine große Rolle spielen werden. Es sei aber nicht einmal nötig, die Räumung als Kompensation für neue Verpflichtung zu verlangen, denn das Sanktions- und Ruhrgebiet seien unter dem Vorwand besetzt worden, Deutschland erfülle seine Vertragsverpflichtungen nicht. Daraus erlaube sich von selbst, daß die Besetzung hinfällig war und die Räumung in demselben Augenblick notwendig werde, in dem eine allgemeine Vereinbarung über die Erfüllung der Vertragsbestimmungen zustande komme.“

Nun kommt folgende interessante Stelle: Man hat sich, so schreibt die „Zeit“, auf belgischer und französischer Seite zu dieser ganz selbstverständlichen Auffassung noch nicht durchgerungen. Man spricht in der französischen Presse noch von einer Unsichtbarmachung der Besetzung. Mit einem solchen Einverständnis würde sich aber Deutschland nicht abfinden können. Es muß ganz klar und eindeutig festgestellt und in diesem Sinne auch verstanden werden, daß ohne die notwendige Räumung des Ruhrgebietes und der Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf ein abschließendes Ergebnis auf der Londoner Konferenz nicht erzielt werden kann.“

Soweit der Leitartikel der „Zeit“. Man wird sich erinnern, daß das Blatt vor nicht gar zu langer Zeit den Standpunkt der deutschen Regierung in ähnlicher Weise gezeichnet hat, einen Standpunkt, der im großen und ganzen auch der nationalen Auffassung entsprechen würde. Es fragt sich allerdings, was die „Zeit“ unter „Sicherheit hinsichtlich der militärischen Räumung“ versteht, und es fragt sich noch mehr, ob die deutsche Regierung, wenn sie die Sicherheiten nicht erhält, die notwendigen Konsequenzen ziehen würde. Was die erste Frage betrifft, so muß schon jetzt gesagt werden, daß, wenn die von den Gegnern zugestandenen Sicherheiten etwa lediglich in der Zusage bestünden, daß das Ruhrgebiet irgendeinmal in einem oder zwei Jahren geräumt werden soll, so dies für die Deutsch-nationale Volkspartei keineswegs genügend sein und ihren schärfsten Widerspruch finden würde.

## Der neue französische Kurs!

Beschlagnahme des Düsseldorfer Regierungsgebäudes.  
Düsseldorf, 4. Juli. Der Regierungspräsident teilt heute mit: Infolge der Beschlagnahme eines großen Teiles

des Regierungsgebäudes durch die Besetzung ist eine Stilllegung der Verwaltungsgeschäfte vorübergehend unvermeidbar geworden. Das Regierungsgebäude ist deshalb vom Samstag, den 5. bis Sonntag, den 12. Juli einschließlich für jeden Publikumsverkehr geschlossen. Ob und inwieweit über diesen Termin hinaus einzelne Verwaltungszweige sämtlich stillgelegt oder verlegt werden, wird noch bekanntgegeben.

Die Beschlagnahme der Regierungsgebäude durch die Franzosen stellt auf dem Gebiete der Requisitionierung selbst angesichts der endlosen Liste französischer Schurkereien wieder einmal den Gipfelpunkt der Schamlosigkeit dar. Während man in Berlin zu allen skandalösen Pariser Forderungen demütig „Ja!“ stammelt, die Kontrollschmach aufs neue zugibt, die Ricum-Kassen tragen will, obwohl bereits ein gewaltiges Defizit zu verzeichnen ist, kennt die ruchlose Tätigkeit der Besatzungstruppen keinerlei Grenzen. Man tobt unter Herriot schlimmer noch wie je zuvor. Das ist der neue demokratisch-pazifistische Kurs Herriot-Macdonald, den unsere Demokraten jeder Art mit Begeisterung begrüßten, als kündete er die Morgenröte einer neuen besseren Zeit! Aus alledem mag erselien werden, daß die Reichsregierung sich in phantastischen Illusionen wiegt, wenn sie hofft, daß auch nur die bescheidensten Erwartungen für Ruhr und Rhein sich erfüllen, wenn das Dawes-Diktat angenommen wird.

### Ein Schandurteil.

Dortmund, 4. Juli. Das französische Kriegsgericht verurteilte 17 junge Deutsche, die beschuldigt waren, der hiesigen Organisation des Wikingabundes, der nach französischer Ansicht eine Renaufgabe der Organisation Consul ist, angehört zu haben, zu Strafen von einem Monat bis 2 Jahren Gefängnis und Geldstrafen von 500 bis 1000 Mark. Vier Angeklagte, denen Anwerbung für den Wikingabund vorgeworfen wurde, sind zu 10 Jahren Gefängnis und 50 000 Goldmark Geldstrafe verurteilt worden.

Nach einer Meldung der „D. N. Z.“ aus Mainz wurden drei Postbeamte wegen Durchschneidens der Telegraphenverbindung Rheinland-Berlin von dem französischen Kriegsgericht zu Freiheitsstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr und zu Geldstrafen von 200 Mark bis 1000 Mark verurteilt, obwohl die Angeklagten erklärten, daß sie mit der Sache nichts zu tun gehabt hätten. Ein gleichfalls angeklagter Postdirektor wurde freigesprochen.

### Sabotage des Barthold-Prozesses.

In Hanau begann am Donnerstag der Hochverratsprozess gegen den Weingutsbesitzer Barthold aus Eltwille, der wegen separatistischer Verbrechen angeklagt ist. Schon am ersten Tag erschienen von den mehr als vierzig Zeugen nur wenige. Am Freitag waren die Fehlenden ebenfalls nicht erschienen. Der Vorsitzende verlas nun folgendes dem Oberreichsanwalt vom Landgericht in Radesheim zugegangenes Telegramm:

„Den im Prozeß Barthold geladenen Zeugen ist von dem hiesigen französischen Kreisdelegierten verboten worden, bei der Verhandlung als Zeuge zu erscheinen oder sonst zugegen zu sein.“

Anschließend teilt der Oberreichsanwalt den Inhalt eines Briefes mit, der ihm von einem Zeugen zugegangen ist. Danach ist ihm und anderen Zeugen vom französischen Kreisdelegierten eröffnet worden, daß sie sich in Zukunft an dem Prozeß nicht beteiligen dürften. Angesichts dieser Sachlage blieb dem Gericht nichts weiter übrig, als den Prozeß zu vertagen.

Man sieht, auch hier zeigt sich „der neue Kurs in Frankreich“ wunderbar. Wird die Reichsregierung den Mut aufbringen, mit allem Nachdruck gegen diese unerhörte Sabotage deutscher Rechtspflege, gegen die offene Parteinarbeit für die separatistischen Hochverräter anzukämpfen und nicht nur in hohlen, wirkungslosen Protesten sich erschöpfen?

## Die kommunistische Mordzentrale.

Hausdurchsuchungen im Reichs- und Landtag!

Berlin, 4. Juli. In dem Verfahren, das gegen Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei wegen Hochverrats, insbesondere wegen Bildung besonderer Mordorganisationen zur Durchführung des Hochverrats anhängig ist, hat in den Räumen des Reichstages und des Preussischen Landtages eine Durchsuchung stattgefunden. Dem Untersuchungsrichter waren in der letzten Zeit wiederholt glaubhafte Nachrichten zugegangen, wonach sich in den Räumen des Landtages und des Reichstages wichtiges Geheimmaterial der Zentrale der kommunistischen Partei befände. Der Untersuchungsrichter hat sich darauf an die Präsidenten des Reichstages und des Preussischen Landtages mit der Bitte gewandt, die nach Artikel 33 der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung zu einer Durchsuchung und Beschlagnahme zu erteilen.

Die Präsidenten haben die Zustimmung zur Durchsuchung der Räume und zur Beschlagnahme der auf den Mordverdacht bezüglichen Gegenstände erteilt. Bei der Durchsuchung ist, abgesehen von einer größeren Anzahl von Springkapseln für Stielhandgranaten und einer Mauerpistole mit Munition, umfangreiches Material gefunden worden. Das Material unterliegt zurzeit der Sichtung und Prüfung durch den Untersuchungsrichter. — Die Hausdurchsuchungen erfolgten auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik.

Berlin, 4. Juli. Der Vorstand der kommunistischen Reichstagsfraktion erhob bei dem Reichstagspräsidenten Wallraf Protest gegen die Durchsuchung der Abgeordnetenräume des Sekretariats der kommunistischen Reichstagsfraktion, wobei er besonders gegen die Begründung der Begünstigung des Mordes sich wandte. Der Fraktionsvorstand forderte sofortige Einberufung des Aeltestenrates und des Reichstagsplenums und verlangte Aufstellung der beschlagnahmten Schriftstücke und Ueberweisung des beschlagnahmten Materials an den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages.

Was die Forderung auf sofortige Einberufung des Reichstages anbetrifft, so ist es unmöglich, daß sich der Aeltestenausschuß sobald versammeln kann, weil die meisten Mitglieder nicht in Berlin sind und erst festgestellt werden muß, ob es überhaupt möglich ist, so viele Mitglieder zusammenzutrommeln, daß der Ausschuß beschlußfähig ist. Es ist kaum anzunehmen, daß das vor dem 16. der Fall sein wird.

München, 4. Juli. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages lehnte den kommunistischen Antrag auf Rückgabe des am 24. Juni durch die Münchener Kriminalpolizei im Fraktionszimmer der kommunistischen Partei beschlagnahmten Materials ab. Wie der Minister des Innern mitteilte, wurde zum größten Teil bei der Beschlagnahme Material zu Tage gefördert, daß sich auf Fortführung der verbotenen kommunistischen Partei erstreckte. Ferner wurden Schriftstücke der kommunistischen Partei in Bayern an die Berliner K. P.-Zentrale gefunden.

## Scheidemann soll gehen.

Kassel, 4. Juli. In der am Donnerstag abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung beschloß die bürgerliche Mehrheit gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten und Kommunisten, gemäß der preussischen Personalabbaubehaltung, den Oberbürgermeister Scheidemann abzubauen. In der Entscheidung heißt es: Es ist für den Dauerzustand als ausreichend anzusehen, wenn der Magistrat unter Aufrechterhaltung der Magistratsverfassung besteht aus einem Bürgermeister, dessen Tätigkeitsgebiet besonders die Finanzangelegenheit umfassen soll, ferner aus sechs besoldeten Stadträten.

Ob Scheidemann nun endlich gehen wird, nachdem der größte Teil der Kasseler Bevölkerung es fordert?

## Preussischer Landtag.

Anfrage der Kommunisten.

Berlin, 4. Juli.

Im Preussischen Landtag verzögerte sich am Freitag der auf 11 Uhr festgesetzte Sitzungsbeginn bis 11.45 Uhr, weil der Aeltestenrat über den Protest der Kommunisten gegen die Hausdurchsuchung in ihren Fraktionsräumen zu verhandeln hatte. Präsident Leinert wurde von den Kommunisten mit stürmischen Pfuirufen empfangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) folgende Erklärung ab: Heute früh sind mit Genehmigung des Landtagspräsidenten Leinert die Räume unserer Fraktion vollständig durchsucht worden. Es wurde Aktienmaterial der Abgeordneten beschlagnahmt, ohne daß ein Verzeichnis der beschlagnahmten Sachen gegeben wurde. Präsident Leinert hat die Zustimmung zu der Durchsuchung schon am 1. Juli gegeben. Er hat es trotzdem verabsäumt, der Durchsuchung beizuwohnen, oder uns von der Durchsuchung zu benachrichtigen. Die kommunistische Fraktion beantragt die sofortige Beratung ihres Antrages, der verlangt, daß das beschlagnahmte Material sofort vom Geschäftsordnungsausschuß unter Hinzuziehung von drei Vertretern der kommunistischen Fraktion festgestellt und das für die Tätigkeit der Abgeordneten unentbehrliche Material ihnen zurückgegeben wird. Wir wollen eine sofortige objektive Prüfung des beschlagnahmten, für keinen von uns belastenden Materials, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Spitze des Mini-





## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Die diesjährige Nutzung der Kirschbäume an den Chausseen und Wegen im Stadtkreise Stolp soll sogleich meistbietend gegen Bezahlung verpachtet werden und zwar in Strecken von je 1 km Länge mit Nutzung beider Baumreihen. Hierzu wird ein Termin auf

Dienstag, den 8. Juli d. Js. an Ort und Stelle angesetzt.  
Treffpunkt: 1. für die Reizer Chaussee um 8 Uhr an der Einmündung des Reiderziner Weges.  
2. für den Diebsweg um 9 Uhr an der Einmündung in die Reizer Chaussee.  
3. für die Gumbiner Chaussee um 10 Uhr an der Einmündung des Diebsweges.  
4. für den Plassower Weg um 11 Uhr an der Ecke der Gumbiner Chaussee  
Stolp, den 5. Juli 1924.  
Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Grasnutzung auf dem sogenannten Epermoor in der Waldkase kommt am Montag, den 7. d. Mts. zur öffentlichen Verpachtung.  
Treffpunkt: Nachmittags 4 Uhr an dem Eingang zur Waldkase.  
Stolp, den 3. Juli 1924.  
Der Magistrat.

Am 6. d. Mts. wird für den Sommerverkehr nach dem Waldkater bis auf weiteres der Straßenbahnverkehr auf der grünen Linie von 3 Uhr nachmittags bis zum letzten Wagen bis zur Endstation Waldkater durchgeführt.  
Letzter Wagen ab Waldkater 9 Uhr 53 Min.  
Städtische Werke Aktiengesellschaft.

## L. F. G. Kleinfrasträder

Modell 1924 0,65/1,5 PS., Bereifung 26x2 Zoll, kräftige Tourenmaschine, ab Lager lieferbar.

## Luft-Fahrzeug-Gesellschaft Seddin

## Elegante flotte Fuhrwerke

für Ausflüge, Gesellschafts- und Arztfahrten sowie große Kremser stellt

**C. Daber, Pferdehandlung**  
Grüner Weg 50. Fernsprecher 230.

Die Sprechstunden im Juli sind in unserer

## Zahnpraxis

von 9—1 Uhr.

==== Sonntags geschlossen. ====

Reichsverband deutscher Dentisten [E. V.]  
Kreisgruppe Stolp/Pom.

## Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volksküche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volksküche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volksküche  
Reitbahn, Fernruf 1009.

Ein Zirkus, wie er seit Jahrzehnten hier nicht gewesen!

Deutschlands vornehmstes Unternehmen!

# Zirkus Angelos

## Große Raubtierschau

prächtiger Marstall — herrliche Dressurakte mit besten Rassepferden, Königstigern — Elefanten — Zebras — sowie Akrobatik — Equilibristik. Jongleure in höchster Vollendung. 19 wilde Wüstenjöhne, die weltberühmte Mogador-Truppe.

Nach erfolgreichen Gastspielen in: Magdeburg, Prag, Breslau, Dresden, Danzig, Königsberg.

## Stolp, Friedrichplatz

nur kurzes Gastspiel!

Montag, den 7. Juli

abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

## Glanzvolle Eröffnung!

≡ 1000 Wunder ≡

in der Luft und in der Manege.

Billetts: Zigarrengeschäft Wolsdorff, Markt 15 und Zirkuskassen 10—1 Uhr und eine Stunde vor Beginn.

## Von der Reise zurück

Sprechstunden bleiben.

Dr. Hellmer.

## Wasserdichte

# Regendecken

für Pferde

==== Prima Qualität ====

9<sup>50</sup>

## Richard Pfau

Langestr. 61.

Maschinen-  
Zylinder-  
Motoren-  
Zentrifugen-  
Auto-  
Leder-

Maschinen-  
Wagen-  
Leder-  
Huf-

## Ia. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.



## Kupfertessel

in bester Ausführung (handgearbeitet)  
sämtliche Kupferschmiedearbeiten  
fertigt an

Max Schwarz, Kupferschmiedemeister  
Stolp i. Pom. Wollweberstr. 2.

## Umzüge

von und nach allen Orten, sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahre  
Fernruf 67 u. 68.

Rassetaninchen  
mit Jungen billig zu verkaufen.

Hinz, Hospitalstr. 281.

## Kirchliche Anzeigen.

### St. Marien.

3. Sonntag nach Trinitatis.  
Vorm. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Frühgottesdienst.  
Rand. Ruff.  
Vorm. 10 Uhr Predigt  
Pastor Lic. Steffen.  
Danach Beichte u. Feier des hl. Abendmahls. Derfelbe.  
Kollekte f. kirchliches Herbergwesen.

Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst im Evangelisationsaal  
Pastor Nobiling.

Begräbniswoche:

Pastor Lic. Steffen.

Trauerungen:

Pastor Spittel.  
Taufen und Kommunionen.  
Pastor Spittel.

### Evangelisationsaal

(Arnoldstraße).  
Sonntag, den 6. Juli 1924  
abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr Versammlung.

### St. Petri.

3. Sonntag nach Trinitatis.  
Vorm. 10 Uhr Predigt  
Superintendent Platze.  
Danach Beichte und Feier des hl. Abendmahls.

Pastor Lamberg.  
Kollekte zur Förderung des kirchlichen Herbergwesens.

Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst.  
Pastor Lamberg.  
Nachm. 4 Uhr Gottesdienst in Schmaach.

Superintendent Platze.

Beerdigungen:

Pastor Lamberg.

Trauerungen:

Superintendent Platze.